

Die englisch-russische Spannung.

Die englische Note.

London, 23. Febr. In der englischen Note an den russischen Geschäftsträger wird u. a. noch darauf hingewiesen, daß der frühere Geschäftsträger in London Graffin zwar zu wiederholten Malen es als den Wunsch der Sowjetregierung bezeichnet habe, freundschaftliche Beziehungen mit England herzustellen, daß er aber gleichzeitig an dem Festband der Verleumdung gegen Großbritannien teilgenommen habe. Die Note wendet sich dann gegen die „falsche Idee, unter der Herr Tschitscherin und vieler seiner Kollegen leiden“, daß Großbritannien beschäftigt sei, Komplotte gegen Rußland zu schmieden und erhebt Einspruch gegen die überwollende Parteilichkeit, mit der die Sowjetbehörden tendenziöse Nachrichten und falsche Gerüchte über die englischen Absichten zur Stütze ihrer Politik machten. Die englische Regierung halte es für notwendig, Rußland nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Fortsetzung von Handlungen, wie die, über die hier Beschwärde geführt werde, früher oder später die Aufhebung des Handelsabkommens unvermeidlich machen müsse, dessen Bestimmungen so offenkundig verletzt worden sind und daß ebenso die Lösung der gewöhnlichen diplomatischen Beziehungen eintreten müßte. Die Note enthält dann noch einen Hinweis mit Auszügen, aus englandfeindlichen Aedern der führenden Bolschewisten und aus Artikeln der „Iswestija“.

Flammenzeichen.

○ Berlin, 24. Februar. (Drahtb.)
Nach einer zu einem geflügelten Wort gewordenen
Nebenbemerkung eines französischen Diplomaten um die
Hende des 19. Jahrhunderts (Zalfermann) ist die
Sprache dazu da, um seine Gedanken zu verbergen. Die
Diplomatenschule hat denn auch fast immer nach
diesem Grundsatz gehandelt. Einen rabulischen Bru-
mit Meier Gehäusigkeit hat eigentlich erst die russi-
sche Sozialregierung vorgegeben, die sich in ihre
Diplomatischen Reden und Dokumenten bekanntlich eine
unheimlich verblüffende Offenheit und dementspre-
chend auch einer robusten Sprache bedient.

Die Verhandlungen über die Arbeitszeitsfrage.

× Berlin, 24. Febr. Die das Wolff-Büro aus parlamentarischen Kreisen erfährt, haben die heutigen Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses über die Neueregung der Arbeitszeit noch nicht zu einem Beschluß geführt. Im wesentlichen stehen sich zwei Vorschläge gegenüber. Die Deutsche Volkspartei verlangt, daß die Vordrücken der Möglichkeit von Ueberarbeit nicht auf Vorbereitungs- und Abgrenzungsdienste bei wichtigen Anlässen ausgedehnt werden, wenn eine Schädigung des Betriebes damit verbunden sein würde. Die Gewerkschaften verlangen, daß die 25prozentige Zuschlagbeziehung, die für die behördlich vorgesehene Ueberarbeit vorgesehen ist, auch auf die zusätzlichen Ueberstunden ausgedehnt wird. Die Deutsche Volkspartei hat nunmehr beantragt, daß morgen eine neue Sitzung stattfindet, um eine Einigung in diesem Punkte herbeizuführen und zwar unter Zuziehung des Reichswirtschaftsministeriums, der Post und der Eisenbahn.

Die geplante Mieterhöhung.

zu Berlin, 24. Febr. (Sig. Drahtb.)
Zu der Nachricht über die zehnprozentige Erhöhung
der Miete zum 1. April und 1. Oktober wird noch mit-
geteilt, daß über den gefirgten Beschluß hinaus bis
im Jahre 1928 keine neue Steigerung der
Miete geplant ist. Es wird darauf hingewiesen, daß
an bestrebt ist, eine Annäherung der Mietwoh-
nungs-mieten an diejenigen der Neubauwoh-
nungen zu schaffen, natürlich mit dem Ziel einer
Entlastung der Neubaumieten, die bekanntlich außer-
ordentlich hoch über der Friedensmiete liegen, und einer
relativen Steigerung der Mietwohnungs-mieten. Man
will dadurch ein vernünftiges Mietniveau bekommen,
um bei dieser Methode müssen sich beide Mieterarten
mit treffen. Das Vorgehen der Reichsregierung ist
§ 3 des Gesetzes über den Selbstwertungs-ausgleich
gründet, das sie mit Zustimmung des Reichsrats er-
schloß, die Mindesthöhe der gefirgten Miete im
einen einheitlich festzusetzen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion
einen Antrag eingebracht, daß die dem Reichs-
rat eingelegte Verordnung von der Reichsregierung zu-
geordnet werden soll. Bei der Festlegung der
Ordnung für Freitag wurde im Reichstagsplenum
beschlossen, den sozialistischen Antrag mit der Beratung
des Entwurfs des Reichsarbeitsministeriums zu
verbinden. Wie wir aus gut unterrichteten Kreisen er-
fahren, vertreten verschiedene führende Sozialdemo-

man eher in den Wald hineinruft, so schallt es schließlich auch wieder heraus. Und so braucht es nicht zu verwundern, daß die übrige europäische Diplomatie allmählich von dem klugen pflaumenweichen und gewundener Erklärungen abweicht und gegenüber Aufstand ebenfalls kräftigere Töne anschlägt. Wir sprechen dabei nur von der rein formellen Art des diplomatischen Verkehrs von Kabinett zu Kabinett und lassen dabei völlig die Frage unberührt, auf welcher Seite jeweils das Recht liegt.

Die antitische Note nun, welche der englische Außenminister Chamberlain an den russischen Gesandtsrat in London gerichtet hat, stellt ein Schriftstück dar, welches beweist, wie gefährlich die russische Lage der englisch-russischen Spannung angenommen hat. Die Sprache, welche hier das britische Auswärtige Amt führt, ist von ganz ungewöhnlicher Art. Chamberlain macht aus seinem Herzen nicht die geringste Würdegrube und beschränkt sich mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit über die Komplotte, die seitens der Sowjetregierung gegen England geschmiedet werden, über die gefährlichste Feindseligkeit der Sowjetbehörden gegen England, über die tendenziösen Entstellungen, schwer beleidigende und lächerliche Ausführungen in der antitischen Sowjetpresse usw. Darüber hinaus aber enthält die Note ernsthafte Warnungen und Drohungen.

Hätten wir nicht erst den Weltkrieg hinter uns, so wäre kein Zweifel daran möglich, daß derartige scharfe Auseinandersetzungen unfehlbar in einen bewaffneten Konflikt ausarten müßten. Aber damit ist nicht gesagt, daß es bei einer weiteren Zuspitzung der Gegensätze nicht vielleicht doch zu einem KriegsbRAND kommen kann. Jedenfalls scheint Großbritannien im Hinblick auf die unverlembaren Gefahren, welche ihm bisher aus der sowjetrussischen Propaganda erwachsen — man denke nur an den „roßenden Rubel“ beim englischen Bergarbeiterstreik sowie an die Schwierigkeiten Englands in China — unter allen Umständen entschlossen, nötigenfalls auch mit außer diplomatischen Mitteln, seine weltpolitische Machtposition zu halten. Diese großen Flammengzeichen am außenpolitischen Horizont sind kaum geeignet, die Menschheit an den Anbruch einer Weltfriedensära glauben zu lassen. Mögen die „politischen Weitermacher“ aller Staaten so viel Verantwortungsgesinnung aufbringen, daß sie ein neues Völkergemeisel verhüten!

traten die Ansicht, daß eine Mieterhöhung nicht zu machen sei. Diese einschläßigen Politiker verschließen sich nicht der Erkenntnis, daß das Wohnungsbauprogramm nur dann durchgeführt werden kann, wenn die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Sollte der sozialdemokratische Antrag zur Annahme gelangen, so läge die größte Gefahr vor, daß der ganze Mieterschwitz zusammenbräche; denn die Differenz zwischen der Miete für alte und neue Wohnungen würde dann so groß, daß die beträchtlichsten Schwierigkeiten entsänden. Es gäbe wohl dann keinen Arbeitsminister mehr, der die Verantwortung für die Entwicklung der Dinge tragen könnte.

Schule und Kirche nach Artikel 149 der Reichsverfassung.

■ Berlin 24. Febr. In einer programmatischen Erklärung zur Klärung der Beziehungen zwischen Kirche und Schule fordert der Ständekongress der altpreussischen evangelischen Kirche, das Organ der Obersten Kircheneinsetzung in den altpreussischen Provinzen, die Bildung von Beiräten in allen evangelischen Oberkirchenräten (Zentralkirchenbeiräten) und bei den konfessionellen Provinzialunterrichtsbeiräten unter dem Vorsitz des Generalsuperintendenten, denen die Religionslehrer in einem ihrer Beiräte, verbunden entsprechend den Verhältnissen vertreten sind. Für die Arbeit dieser Beiräte, denen die Förderung der religiösen Unterweisung der Jugend in Kirche und Schule obliegt, soll maßgebend sein, daß die Kirche in den staatlichen Charakter der Schule eine den deutschen Verhältnissen entsprechende Regelform, in der Aufhebung der früheren

Schwere Erkrankung des Reichstagspräsidenten.

Gut verlaufene Operation.

Berlin, 24. Febr. (Wg. Drabst.) Reichstagspräsident Voelke ist plötzlich von einer schweren Entzündung heimgefuhr worden. Es handelt sich, wie wir hören, um alle Verwachungen und um eine sehr schwere eitrige Entzündung des Blinddarms. Der Zustand Voelkes gab zu solchen Befürchtungen Anlaß, daß sich Voelke am Donnerstagabend 6 Uhr einer dreiviertelstündigen Operation unterziehen mußte, die einen guten Verlauf nahm. Infolge Auftretens starker Fiebererscheinungen ist jedoch die weitere Entzündung des Beckens des Patienten vorläufig noch sehr ungewiß.

Von anderer Seite wird uns gemeldet: Die Opera-

Der Schutz des Bahnverkehrs im Saargebiet.

◆ Genf, 24. Febr. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat dem Völkerbundsrat den Bericht der Regierungskommission des Saargebietes vom 18. Februar 1927 über die Fragen der Sicherheit des Transportes auf den saarländischen Eisenbahnen übermittelt. Der Bericht schlägt vor:

1. Die Verwahrung der gegenwärtigen Eisenbahnkommission, die mit den Militärbehörden des besetzten Gebietes eng zusammenarbeiten soll.
2. Die Anwesenheit einer Eisenbahnschutztruppe in dem Gebiet, deren Zusammenfassung international sein soll und für deren Verpflegung die Regierungskommission sich mit den Befehlsmächtigten in Verbindung setzen soll. Die Truppe, die ein besonderes Abzeichen erhält, soll ausschließlich dem Bahnschutz, nicht anderen Polizeizwecken dienen.

3. Die Rheinlandskommission soll 2 mit Automobilen ausgerüstete Bataillone, eins in Forbach und das andere in Saargemünd bereit stellen, die auf Ersuchen der Regierungskommission des Saargebietes zum Schutz der Bahnlinien intervenieren können.

Nach der Intrafssetzung der vorgeschlagenen Organisation, so heißt es in dem Bericht weiter, besteht kein Hinderungsgrund mehr, daß die französische Regierung zu einem Abtransport der Garnisonstruppen schreiten kann, den sie am 18. März 1926 angekündigt hat, und der ermöglichen würde, eine größere Zahl Kanonen und anderer Lokale zur Verfügung der Bevölkerung zu stellen.

Die neuesten Besatzungszwischenfälle.

Die französische Besatz.

Paris, 23. Febr. Havas veröffentlicht zu der Berathung der beiden deutschen Gendarmereibefehlshaber in Linden und Steinheil folgende Nachricht aus Mainz, die, wie Havas angibt, aus autorisierter Quelle stammen soll. Gerziffe Bestimmungen der Gendarmen haben als Grund für die Festnahme die Tatsache angegeben, dass es den deutschen Behörden vor einigen Tagen gelungen sei, unweit der Grenze eine Anzahl junger Weiber, die sich angedeutet in Frankreich den Sammelort für die Fremdenlegion aufzusuchen, zurückzuführen. Diese Weibspolizei sei absolut richtig, denn die beiden Behörden haben das Recht, den Grenzübergang zu verwehren, die sich nach Frankreich begeben wollen, zu kontrollieren. Die beiden Befehlshaber seien wegen Vergehens in Linden und Steinheil wegen der Unteroffiziere Rheinlandsbefolgung verurtheilt worden. Sie hätten vor einem Gericht ohne Grund ein Mitglied der Besatzungsabtheilung in Albi, das im Besitze eines ordnungsmässigen Passes war, festgenommen.

Verhaftung von zwei deutschen Arbeitern durch die Franzosen.

♥ Germersheim, 24. Febr. Von der französischen
 armerie wurden zwei hiesige Arbeiter in ihrer
 öhnung verhaftet, die am 20. Februar in einer
 irtschast an einem Vergnügen teilgenommen hatten,
 ist dem es zu einer Rauferei mit einem Al-
 erier und einem als gewalttätig bekannten
 anzösischen Sergeanten gekommen war.

Der blutige Mann im Belgrader Parlament.

Belgrad, 24. Febr. In der heutigen Sitzung der kais. Kammer ereignete sich ein großer Skandal. Auf Tagesordnung stand die Anfrage der Raditsch-Partei gegen den Innenminister wegen Mißbrauch der Amtsgewalt. Der Innenminister seine Vertretungs- geschäfte beagnen, trugen die Mitglieder der Opposition nachden Mann in den Sitzungssaal, dessen Thron über und über blutig gefärbt war. Der Mann soll in der Nacht von einem Bedienten, der Beladung Posten formell wegen einer Kleinigkeit, tadellos aus der Kammer entfernt worden sein. Die Oppositionellen riefen dem Minister zu: „Da haben Sie die Documente“ und die Anfrage! Unter ungeheurem Tumult mußte

Krankung des Präsidenten.

★
 ◇ Berlin, 24. Febr. Der Reichstagspräsident Loebe
 um 7 Uhr nachmittags aus der Marose auf-
 wacht. Temperatur geringer, Puls und Atmung
 Befinden den Umständen nach befriedigend.

der Präsident die Sitzung unterbrechen. Die Regierung berief sofort eine Konferenz mit den oppositionellen Parteiführern ein. In politischen Kreisen hält man die Stellung des Innenministers für unhaltbar.

Röhler und die Beamtenfrage

Von
Reichsbahninspektor Th. Klein.

Die Staatsrede des neuen Reichsfinanzministers Dr. Köhler hat in der breitesten Öffentlichkeit eine durchweg sympathische Aufnahme gefunden. Nur können es gewisse Kreise nicht verschmerzen, daß der Sachwalter der deutschen Reichsfinanzen u. a. auch ein so warmes Herz für die Sicherung der materiellen Grundlage des Berufsbeamtentums offenbart hat, weshalb man dem ehemaligen mittleren Finanzbeamten aus dem biedereren Baden-land hier und da eine gewisse Einseitigkeit unterstellen möchte. Zwar hätten die wirklich auch an die Tiefe der finanziellen Einzelprobleme gehenden programmatischen Darlegungen des Reichsministers der Finanzen die gesamte öffentliche Meinung von dem geraden Gegenteil überzeugen sollen. Im übrigen übersehen jene Kritiker immerhin, daß ein typischer Berufsbeamter wie Dr. Köhler, den seine besonderen geistigen und sachlichen Qualitäten in bisher jäher Arbeit und brauchbarer Erfahrungspraxis allmählich den Weg bis in die höchsten Verwaltungsstellen haben finden lassen, sehr genau weiß, weshalb er gerade in diesen krisenhaften Zeiten unseres Volks- und Staatslebens u. a. auch weitestgehende Garantien für ein möglichst auskömmliches Beamtenleben auf der ganzen Linie kategorisch fordert. Daher auch seine in diesem Zusammenhang klar umrissenen Ausführungen zur **Beamtenfrage**.

In einer Zeit, in der der Staatsorganismus von tiefgehendem Meinungsverschiedenheiten zerklüftet ist, muß die Staatsmaschinerie ständig und rastlos weiter arbeiten und sogar mit doppelter und dreifacher Kraft sich in den Arbeitsprozeß einheilen, wenn anders wir leben wollen. Zu den wichtigsten Konstitutionsstellen dieser Maschinerie gehört aber die Beamtenenschaft. Wird sie den gewaltig steigenden Anforderungen der heutigen Notzeiten mit ihrer Wesensgeistesfremdheit nicht gerecht, so brechen Staat und Volk unweigerlich ruhmlos zusammen. Befriedigendes kann die Beamtenenschaft aber nur leisten, wenn sie in allen ihren Felsen und Gliedern hinsichtlich ihres Willens und Könnens, ihres Charakters und ihres Intellekts auf größtmöglicher Höhe steht. Vorbedingung für die Sicherung dieser Qualitäten des Beamten ist aber, daß er eine Stellung in unserm öffentlichen Leben einnimmt, die in ihm das Gefühl wachhält und nährt, daß er nicht bloß ein für eine bestimmte Arbeitsleistung angenommener und bezahlter Arbeitnehmer ist, aber unter jeweiliger Ausnutzung der günstigeren Konjunktur, heute hier und morgen dort Arbeit verrichtet, sondern daß er ein lebendiger Bestandteil des Staatsorganismus selbst und mit diesem auf Gedeih und Verderb verbunden ist, daß darum seine ganze Kraft und sein ganzes Schaffen ausschließlich dem Dienst gehören, dem er sich lebenslänglich gewidmet hat.

Zur Erfüllung dieser Vorbedingung gehört aber
 weißlos eine entsprechende rechtliche und — vor
 allem auch wirtschaftliche Sicherstellung des Be-
 amten, und weiterhin eine entsprechende Einrichtung
 der Behördenorganisation und des Dienstbetriebes, die
 ihm die Freude an der Dienstarbeit macht, und eine
 Ordnung des Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und
 nachgeordneten Beamten, die gerechtfertigt, daß die
 Menschenwürde des nachgeordneten und die Autorität
 des Vorgesetzten stets gleichmäßig geschützt und aner-
 kannt werden.

Diese und andere im Geiste der neuen Epoche stehende Gesichtspunkte, die die materiellen und geistigen Bedingungen des Beamtentums, und zwar gerade seines besten aufstrebenden Theils aufs tiefste berühren, ringen heute mit elementarer Macht nach Verwirklichung. Doch sind das wirklich Bedenken, die nur der neuen Zeit angehören? Oder sind es nicht vielmehr Ideengänge, die auch innerhalb der alten Verhältnisse bereits ihre Berechtigung finden, und deren Richter Verwirklichung vielmals bis zu einem gewissen Grade daran Schuld war, daß diese alte Zeit nicht durchweg diejenigen Voraussetzungen erfüllte, die gerade auch von der beamteten Seite her ihren ungeschmälersten Fortbestand und gerechtfertigt und gesichert hätten?

Dr. Pöhlert ist Beamter der alten Schule mit
jahrzehntelangen Verwaltungserfahrung. Er
weiß, daß auf der von ihm vorgezeichneten Grundlage
die Wahrung des Geistes reifster Pflicht-
erfüllung und unbedingter Zuverläs-
sigkeit — der hervorragendsten Charaktereigen-
schaft der deutschen Beamtenschaft, um die uns die
ganze Welt stets beneidet hat — allein möglich ist in
jeder Zeit, die aus allen Fugen ist. Und die staats-
erhaltende Bedeutung des Berufsbe-
amten ist deshalb auch für ihn in seiner Be-
amtschaft als Reichsfinanzminister alles: das
höchste Bollwerk gegen die diesfachen Aufschwüngen

nen, die den heutigen Staat hier und da immer wieder bedrohen.

Wenn der neue Reichsfinanzminister deshalb in einer programmatischen Parlamentsrede u. a. auch die Beamtenfrage als besonderes Kernproblem herausgestellt hat, so lediglich deshalb, weil er eben klar erkennt, daß gerade der Beamte der Gegenwart das stärkste Rückgrat des Staates ist und sein muß, mit dem das Reich und das Volk Wohl sehen und leben. Darüber hinaus haben die bildscharfen und hellen Darlegungen Dr. Köhlers vor dem Forum des Reichstages aber auch jedem anderen deutschen Staatsbürger unmissverständlich bewiesen, daß die führende Finanzpolitik im Grunde seines Kerns durchaus anstrebt, durch geeignete Finanzmaßnahmen, ungeachtet der vorliegenden Finanzmisse, mit dem ganzen Schwere der gegenwärtigen Zeitläufte, allen Volksschichten den Weg zu erträglichen Lebensbedingungen zu ebnen.

Deutscher Reichstag.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 24. Februar. (Draht.)

Nach Abschluß der Beratung des Reichsjustizgesetzes wird am Freitag der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums zur Debatte gestellt. Die Aussprache wird mit einer großen Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns eingeleitet werden. Für die Zentrumsfraktion wird Abgeordneter Peter-Arnberg das Wort ergreifen.

Nach der Pause, die in der nächsten Woche eingehalten wird, kommt voraussichtlich der Reichswehretat zur Besprechung. Mit Rücksicht auf den Eindruck im Ausland wäre es wünschenswert, wenn dieser Etat, der die Grundlage unseres ohnehin winzigen Heeres bildet, auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten zur Annahme käme. Vorher bestehen einige Schwierigkeiten, die jedoch durchaus nicht unüberwindlich zu sein scheinen. Einestheils hat die Wirtschaftspartei mehrere Wünsche, die man gerade bei dieser Partei nicht recht verstehen kann. Andererseits fordern die Sozialdemokraten einen Abschluß von 20 Millionen an dem Wehretat. Da bei einem Abschluß dieser Summe die Schlagfertigkeit unserer Infanterie vorausgesetzt nicht erfüllt wäre, so könnte man unter Umständen der Sozialdemokratie entgegenkommen, wenn sie sich verpflichtete, dann widerstandslos dem Haushalt des Reichswehrministeriums zuzustimmen. Ersparnisse könnten bei dem Reichswehretat mit Rücksicht erzielt werden, wenn nicht die Bestimmungen des Versailler Vertrages und die Hände gefesselt hätten. So sind z. B. drei Kavalleriebrigaden durchaus nicht notwendig. Eine halbe Division würde vollst. genügen. Die Umwandlung der überflüssigen Kavalleriebrigaden in bedeutend weniger kostspielige Infanterieeinheiten ist aber nicht möglich, weil eben das Friedensheer dem entgegensteht. Wenn im übrigen von radikaler Seite aus darauf hingewiesen wird, daß der Wehretat höher sei als die Ausgaben des Reiches für soziale und kulturelle Zwecke, so ist diese Darstellung vollkommen falsch und tendenziös. Diese Verpflichtungen müssen nämlich zum größten Teil von den Ländern und Gemeinden getragen werden. Aus diesem Grunde können auch die diesbezüglichen Etatsstellen des Reiches nicht zum Vergleich mit den Zahlen der ausländischen Staaten herangezogen werden.

Sitzungsbericht.

Berlin, 24. Februar.

Die zweite Sitzung des Haushaltsplans für 1927 wird fortgesetzt beim Justizetat.

Reichsjustizminister Herrgott dankt dem Abgeordneten Dr. Kahl für die Glückwünsche aus Anlaß des fünfzigjährigen Jubiläums des Reichsjustizministeriums. Er erklärt ferner, es werde seine vornehmste Aufgabe sein, für die Wiederherstellung der deutschen Justiz, so weit im bestmöglichen Rahmen, einzutreten. (Beifall.) Der Redner beantwortet dann die kommunisistische Interpellation, die eine Amnestie für die wegen Verfolgung Verurteilten verlangt. Eine Rundfrage bei den Rändern anfangs 1926 hat ergeben, daß die verhängte Strafe zum weitaus größten Teil an der unteren Grenze des Strafmaßes bleibe. Vom Gnadenrecht haben die Länder weitestgehend Gebrauch gemacht. Eine erneute Anfrage beim preussischen Justizministerium ergibt, daß die Staatsanwaltschaft, nach Inkrafttreten der milderen Bestimmungen angelesen wurden, zu prüfen, ob Gnadenbewerfe zu beantragen seien. Gnadenbewerfe sind im weitesten Umfang ergangen, bis in die neueste Zeit hinein. Danach liegt für Amnestie kein Bedürfnis vor.

Der sozialdemokratische Antrag, das Reichsgericht von allen Sachen erster Instanz (Hochverrat), zu entlasten, lehnt der Minister ab, weil das Reichsgericht führen würde. Auch die Wiederherstellung der Schwurgerichte bekämpft er. Alle Länder, mit Ausnahme Hamburgs, hätten sich für das erweiterte Schöffengericht ausgesprochen.

Abg. Rodau (Dem.): Wir haben nicht kritisiert, daß die Richter die wirtschaftliche Umstellung zu spät berücksichtigt haben, sondern nur, daß sie sich nicht auf den neuen Staat einstellen konnten. Die Verurteilung der Justiz kann man nicht mit einer Gnadenbewegung abtun, denn das Maßstrafen aller Republikaner in die Reichspräsidenten ist nicht etwa künstlich in das Volk hineingetragen worden. Der Redner führt als Beispiel eine Reihe von Urteilen an. Auch die Staatsanwaltschaft erhebe Anklagen immer nur gegen das Reichsbanner, nie gegen den Sozialismus selbst, wenn nachweislich die ersten Tatsachen von den Angeklagten selbst ausgegangen seien. Begegnend sei es, daß Marx sogar erklärt habe, er sehe von Anträgen auf Straßerfolgung gegen seine Verleumdung ab, nachdem er so schlechte Erfahrungen mit der Justiz gemacht habe. An der Unabhängigkeit der Richter will der Redner allerdings nicht rütteln; er empfiehlt nur, daß man sie aber nicht. Mit dem Antrag der Sozialdemokraten auf die Abschaffung der Schwurgerichte kann sich der Redner nicht befassen.

Abg. Hampe (D.-F.) erklärt, es gehöre ein eigenartiger Gesichtspunkt dazu, wenn ein deutscher Richter, wie Herr Rodau, als Abgeordneter durch seine Ausführungen seine eigene Hand beschwören (Beifall, Beifall rechts). Der Redner dankt dem ehemaligen Justizminister Gumbinger für seine Rede. Gumbinger habe durch seine Verordnungen in ganz kurzer Zeit etwas geschaffen, was kein Reichstag ebenso schnell schaffen könne. Mit dem Bayerischen Bauernbund fordert der Redner die Wiederherstellung der Schöffengerichte anstelle der Einzelrichter. Er lehnt jedoch die Wiederherstellung der Schwurgerichte ab, weil die Reichsanwaltschaft die Ermittlung der Straftaten wegen der Simultanabfassung der Reichsanwaltschaft hat der Redner das Bedenken, daß dadurch

Die Reichsregierung beim Verein Deutscher Zeitungsverleger.

Der Reichskanzler über die Reform des Presserechts.

Berlin, 24. Febr. Im Berliner Pressenhaus, dem Hause des Vereins deutscher Zeitungsverleger, versammelte sich gestern Abend auf Einladung des Vorstandes des Vereins Deutscher Zeitungsverleger eine Anzahl prominenter politischer Persönlichkeiten, um die Reform des Presserechts zu beraten. Der Reichskanzler, mehrere Reichsminister und eine Reihe hoher Regierungsbeamter mit ihrem Besuch erschienen.

Bei dieser Gelegenheit begrüßte während der Tafel der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsverleger Dr. Krumpholtz die Gäste und betonte dabei, daß es im Wesen des Hauses und des Vereins liege, die produktive Arbeit, auf die die Verleger sich in der höchsten Weise berufen, zu fördern durch den Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit den führenden Männern der Regierung. Reichskanzler Dr. Marx erwiderte für sich und im Namen der Gäste und betonte, indem er auf die besondere Stellung und die Bedeutung der Presse im Staat einging, die Pflicht der Presse zu einer unerschrockenen Kritik im öffentlichen Interesse. Eine Pflicht, die ihre Grenzen lediglich findet in dem Geboten der Verhältnismäßigkeit vor Staat und Volk. Damit feierliche der Reichskanzler auch die große Aufgabe des modernen Presserechts hervor, die Aufgabe der Reichsregierung im einzelnen folgende bedeutsame Ausführungen. Die Reorganisation unserer Verhältnisse bedingt auch eine Reorganisation der Beziehungen von Presse und Staat. Daß die Presse in der Lage ist, heute von niemandem mehr bezweifelt, ist eine Tatsache, die man nicht verneinen kann. Die Presse ist ein mächtiges politisches Instrument, das in der Lage ist, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die Regierung zu kontrollieren. Die Presse ist ein mächtiges politisches Instrument, das in der Lage ist, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die Regierung zu kontrollieren. Die Presse ist ein mächtiges politisches Instrument, das in der Lage ist, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die Regierung zu kontrollieren.

gesetzgeberischen Fragen erfordern auch besonders umfassende und gründliche Vorarbeiten. Nach eingehender Klärung der Presserechtsprobleme des Deutschen Reiches ist man zu dem Beschlusse gekommen, in Verbindung mit dem hiesigen Universitätsangehörigen Institut für internationales öffentliches Recht

das Presserecht sämtlicher Kulturstaaten zusammenzustellen und zu vergleichen, um auch die in den anderen Ländern gemachten Erfahrungen nutzbar machen zu können. Die Befragung, daß die Presse hier eines Tages übertragender Weise vor vollendete Tatsachen gestellt werden könnte, erscheint also nicht begründet. Trotzdem würde es es begreifen, wenn die Presse so früh als möglich an der Reform des deutschen Presserechts durch Einbringung eigener Vorschläge mitarbeiten würde.

Das Problem der Pressefreiheit ist unlösbar verknüpft mit der Erkenntnis der hohen moralischen Verantwortung, ohne die eine wirklich freie Presse auf der Dauer nicht bestehen kann. Erziehung des journalistischen Nachwuchses zu innerlich unabhängigen, lebendigen und wirtschaftlich gesunden Persönlichkeiten, die in der Lage sind, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die Regierung zu kontrollieren, ist eine Aufgabe, die die Presse selbst zu lösen hat. Die Presse ist ein mächtiges politisches Instrument, das in der Lage ist, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die Regierung zu kontrollieren. Die Presse ist ein mächtiges politisches Instrument, das in der Lage ist, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die Regierung zu kontrollieren.

Ein Protest des Schupverbandes deutscher Schriftsteller.

Berlin, 24. Febr. Der Schupverband deutscher Schriftsteller protestiert durch Beschluß seiner Hauptversammlung vom 20. Februar mit Entschiedenheit gegen die letzten Urteile des Reichsgerichts, die das bisher unbekannte Delikt von literarischen Sachverständigen und Landesverrat konstruieren und weit darauf hin, daß dadurch die durch die Verfassung verbürgte Rede- und Druckschreibfreiheit vernichtet wird. Wenn ferner die an der Verfassung und Verletzung einer Druckschreibfreiheit Setzer, Drucker, Buchhändler mit ihren Gehilfen und Lehrlingen für den Inhalt der von ihnen gedruckten oder verteilten Schriften verantwortlich gemacht werden, so wird hierdurch unabweisbar die Pressefreiheit in der Tat vernichtet. Der Schupverband deutscher Schriftsteller protestiert gegen diese Urteile und fordert die Regierung auf, die Pressefreiheit zu schützen und die Verantwortung für den Inhalt der Schriften auf die Autoren zu übertragen.

auch das Minderheitsrecht vorbehalten habe. (Beifall.) Der Reichskanzler erklärte, daß die Regierung die Pressefreiheit zu schützen und die Verantwortung für den Inhalt der Schriften auf die Autoren zu übertragen. Die Regierung ist verpflichtet, die Pressefreiheit zu schützen und die Verantwortung für den Inhalt der Schriften auf die Autoren zu übertragen. Die Regierung ist verpflichtet, die Pressefreiheit zu schützen und die Verantwortung für den Inhalt der Schriften auf die Autoren zu übertragen.

Was das Verhältnis zum Reich angeht, so werde unter Wahrung der preussischen Landeshoheit gemeinsam mit dem Reich gearbeitet werden. Ministerialdirektor Articus nahm hierauf das Wort, um sich zu dem

Meinungsstreit zwischen Reich und Preußen zu äußern. Es handelt sich zunächst um die Frage: Dürfte das Landwirtschaftsministerium zulassen, daß der maßgebende Einfluß in der landwirtschaftlichen Statistik von Preußen auf das Reich übergehe? Ich antworte: Nein, das widerspricht der Reichsverfassung. Es widerspricht auch dem einmütigen Willen des Landtages, vom letzten Widerstand ist es das schärfste Instrument der Statistik, wie in der Denkschrift des Landwirtschaftsministeriums näher dargelegt ist. Preußen hat alles getan, um den Gang der Verhandlungen zu beschleunigen. Das preussische Landwirtschaftsministerium hat die Auszahlung der Reichsgelder nicht schuldhaft verzögert, vielmehr sind beträchtliche Verzögerungen beim Reich festzustellen. Dieser wurden angekauft 26.000 ha Siedlungsfläche zu Lasten des Reichs und über 15.000 ha zu Lasten des preussischen Reichs. Was verlangt wird, ist, daß die Siedlungsfläche auf die ordnungsmäßige landwirtschaftliche Nutzung übergeben werden soll. Innerhalb ihrer Provinz beschränken und daß sie nicht, unterstützt durch ihre Eigenorganisationen in Berlin, Politik treiben. Es müssen hiermit im Ganzen die

Angriffe auf die preussische Siedlungspolitik zurückgewiesen werden. Preußen muß nach wie vor darauf bestehen, daß seine Siedlungspolitik unangestastet bleibt. Eine Zusammenarbeit mit den Reichsstellen ist aber durchaus möglich. Es wäre das Beste, wenn die Angriffe in der Öffentlichkeit auf die Siedlungspolitik der preussischen Staatsregierung zunächst einmal aufhören und wenn man erst einmal abwarten würde, ob nun nicht bessere Siedlungsergebnisse zutage treten, nachdem selbst zum ersten Male nach dem Kriege größere Siedlungsflächen zur Verfügung gestellt sind.

Abg. Dr. Schifano (D.-F.) erklärte, der deutsch-polnische Grenzvertrag dürfe nicht lediglich auf den Rücken der deutschen Landwirtschaft geschlossen werden und forderte Erleichterung der Steuerbefreiungen durch Erleichterung des Reisefreiheit, Vereinfachung und Anpassung der Gesamtsteuer an die Lebensfähigkeit.

Minister Dr. Steiger betonte zu den Ausführungen des Vorredners, daß er die Landwirtschaftsförderung für ein sehr wichtiges Aufgabenfeld halte und daß er daher, obwohl er für dieses Gebiet nicht zuständig sei, dem Professor Sedow 3000 Mark für beratende Forschungszwecke überlassen habe.

Um 5.30 Uhr verließ das Haus die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr.

Preussischer Staatsrat.

Berlin, 24. Februar.

Der Preussische Staatsrat beriet über die Abgabe von Ausführungsgesetzen zum Finanzgesetz vom 5. Mai 1926, die erforderlich ist, da bekanntlich der große Finanznotstand aus einem weiteren Jahr verschoben werden soll. Es sollen möglichst wenige Änderungen vorgenommen werden, um den Zustand des Vorjahres für die Lebensfähigkeit für die betroffenen öffentlichen Körperschaften möglichst unverändert beizubehalten.

bleiben unter einer gewissen Berücksichtigung der Veränderungen, die der neue Goldmarkt-Berechnungsschüssel für die Gemeinden gebracht habe. Die Vorlage soll in Paragraph 11 einen Einheitsatz von 25 Pfennig für den Kopfbeitrag festlegen, während der Ausschuß des Staatsrats einen Satz von 22 Pfennig für angemessen hält.

Dieser Ausschußantrag wurde angenommen. Im übrigen wurden Einwendungen nicht erhoben. Auch den Entwürfen über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Baulastigkeit auf dem Gebiet des Wohnungswesens und Landgewinnungsarbeiten an der Nordsee wurde zugestimmt. Die nächste Sitzung wurde auf den 22. März festgesetzt.

Die Pension Ehrhardts.

Bei der Reichsdebatte des Haushalts für Versorgung und Ruhegehalt ist neben dem Fall Ehrhardt auch der Fall Ehrhardt in Betracht gezogen worden. Die geordnete Zahl von der Landrätskassapartei hat in seiner Rede erklärt, wenn im Gegenzug zu Ehrhardt kein Ehrhardt noch keine Pensionen anprüche gestellt habe, so liegt das daran, daß er gar nichts von seiner Berechtigung dazu wußte. Entgegen dieser Darstellung teilt der demokratische Reichstag mit, daß dem Reichspräsidenten Ehrhardt vom Reich eine Pension gezahlt wird. Die Behauptung, daß Ehrhardt keine Ansprüche gestellt habe, kann sich nur auf die Nachzahlungen, die der General v. Ehrhardt gefordert hat, beziehen. Im übrigen ist Ehrhardt auf diese Nachzahlungen erst in den letzten Tagen aufmerksam geworden. Diese Nachzahlungen sind aber nebenbei bemerkt im Hinblick auf die fortwährende Pension, die Ehrhardt erhält, eine Entschädigung für den Verlust der Pension durch eine Entschädigung des Reichswehrministeriums zugesprochen. Die Ausschüttung der Pension ruht aber bis zum Jahre 1923, dem Jahre, in dem Ehrhardt amnestiert wurde.

Entdeckung eines Waffenlagers in Paris.

Paris, 24. Febr. Der „Mann“ berichtet über die Entdeckung eines Waffenlagers, das von der Pariser Sicherheitspolizei bei den Nachforschungen nach dem Verbleib eines gestohlenen Automobils in einer kleinen Garage entdeckt wurde. Aufgefunden wurden u. a. 10 Maschinengewehre, 90 Mündungsgewehre, 100 Revolver, Patronen, 16.000 Patronen, 10 kg. Pulver, Schmelzwerkzeuge usw. Nach der Durchsicht der Waffen ergab, daß der Besitzer der Garage, er sei Sammler. Der Besitzer wird übrigens von seiner Umgebung als ein Sonderling bezeichnet. Er ist verheiratet worden. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Deutsches Reich.

Die Reichstagsdelegation für Rio de Janeiro.

Berlin, 24. Febr. Als Vertreter des Deutschen Reichstages nehmen an der im September in Rio de Janeiro stattfindenden internationalen Konferenz der Abgeordneten des Abg. Dr. Gifford (D.-F.), Dr. v. Reue (D.-F.), Dr. v. Bismarck (D.-F.), Dr. v. Krumpholtz (D.-F.) und Dr. v. Bismarck (D.-F.) teil. Die schon den Reichstag auf der Brüsseler Konferenz vertreten haben. Ueber eine eventuelle Vertiefung der Delegation soll noch Beschluß gefaßt werden. Es ist in Aussicht genommen, daß im ganzen etwa acht bis neun Vertreter des Reichstages nach Rio de Janeiro entsandt werden.

Die Konstituierung des Siedlungsausschusses des Reichstages.

Berlin, 24. Febr. (Draht.) Der Siedlungsausschuß des Reichstages, der sich bekanntlich aus dem Wohnungsausschuß entwickelt hat, konstituiert sich zur Zeit. Die Zentrumsfraktion entsendet in diesen Ausschuß die Abgeordneten Dr. Ehrhardt, Willems und Bonehoff. Die inneren Angelegenheiten der Wohnungsausschüsse und Siedlungsfragen behandelt, wird ungeteilt beibehalten.

Der Kampf bei den Wäldchen.

Berlin, 24. Febr. Der national-sozialistische Abgeordnete Straßer hat seinen Austritt aus der Fraktion der völkischen Arbeitsgemeinschaft erklärt. Durch diesen Austritt verliert die völkische Fraktion zunächst die Fraktionsstärke.

Die Frage der Befragung des kaiserlichen Innenministeriums.

A Dresden, 24. Febr. Die demokratische Landtagsfraktion hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, den Geheimrat Professor Dr. Willebrandt als Reichsrechtswissenschaftler an der Universität Leipzig, dem Ministerpräsidenten als Kandidaten für das Ministerium des Innern vorzuschlagen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Das Ende des Streiks in Shanghai.

London, 24. Febr. Neuer wieder aus Shanghai: Der Streik ist beendet. Die chinesischen Arbeiter haben Agenten in der französischen Konfession entsandt, die ohne Waffen der französischen Polizei eine große Anzahl von Streikführern gefangen nahmen.

Die Entschuldigung der Chinesen.

(Shanghai, 24. Febr.) Das amerikanische Transporthilfsamt „Gannett“ ist mit 1200 Marinesoldaten an Bord her eingetroffen. Die chinesischen Militärbehörden haben sich gegenüber den Vertretern Frankreichs und Großbritannien wegen Verletzung der Konventionen entschuldigt. Der Verteidigungsminister von Shanghai hat seine Aufweisung für die Einrichtung von Kasernen zurückgegeben.

Bedrohender Rücktritt Kelloggs?

(Washington, 23. Febr.) Vier sind erneut Gerüchte im Umlauf, daß der Gesundheitszustand des Reichswehretats Kellogg ihn zu seinem baldigen Rücktritt veranlassen dürfte.

Entsendung eines britischen Kriegsschiffes nach Nicaragua.

(Washington, 24. Febr.) Staatssekretär Kellogg gab gestern Abend ein Telegramm des amerikanischen Gesandten in Managua bekannt, in dem es heißt, er sei von dem britischen Geschäftsträger verständigt worden, daß Großbritannien die Entsendung eines Kriegsschiffes an die Westküste von Nicaragua erwäge. Eine solche Aktion werde wahrscheinlich in Frage gestellt, angesichts des Friedens von Garmaten, der die Regierungen von Nicaragua oder der Vereinigten Staaten für den Schutz des Lebens und Eigentums britischer Staatsangehöriger im Falle weiterer Unruhen in Nicaragua in Betracht zieht. Der britische Gesandte in Managua erklärte, daß er die Entsendung eines Kriegsschiffes an die Westküste von Nicaragua erwäge. Eine solche Aktion werde wahrscheinlich in Frage gestellt, angesichts des Friedens von Garmaten, der die Regierungen von Nicaragua oder der Vereinigten Staaten für den Schutz des Lebens und Eigentums britischer Staatsangehöriger im Falle weiterer Unruhen in Nicaragua in Betracht zieht.

